

Vorwort

Das unerlaubte Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB) ist ein Massenphänomen geworden, das in seiner juristischen Aufarbeitung allzu oft nach einem schematisierten Vorgehen mit nur geringer Aufklärungstiefe abgehandelt wird.

Immer wieder wird es im Verfahren als ausreichend betrachtet, vom objektiven auf den subjektiven Tatbestand zu schließen und lediglich die Frage nach der (objektiv-theoretischen) Wahrnehmbarkeit zu stellen, die dann durch einen technischen Sachverständigen beantwortet wird.

Zu oft bleibt unbeachtet, dass es sich hier um ein Vorsatzdelikt handelt, das eine tatsächliche Wahrnehmung durch den Täter voraussetzt. Eine Analyse, ob der Beschuldigte oder Angeklagte im konkreten Fall auch tatsächlich wahrgenommen hat, was für einen gesunden und aufmerksamen Unfallbeteiligten auf Basis der ermittelten „theoretischen“ Wahrnehmbarkeit wahrzunehmen gewesen wäre, erfolgt nicht ausreichend.

Zwar wird in der Literatur des technischen Sachverständigen auf die Möglichkeit einer interdisziplinären Arbeitsweise verwiesen (vgl. Fürbeth, V./Nakas, V./Steinacker, T. 2007). In der Praxis findet man allerdings fast nur Ergebnisaussagen technischer Sachverständiger, die auf die unterschiedlichen Formen der Wahrnehmbarkeit – visuell (optisch), akustisch, bei kollisionsbedingten Beschleunigungen etc. – in Form von physikalischen Daten abstellen. In manchen Fällen gehen solche Aussagen sogar über das eigene Fachgebiet hinaus, statt die Hinzuziehung eines Verkehrspsychologen und/oder eines Rechts- oder Verkehrsmediziners zu empfehlen.

Diese Verkürzung des Ermittlungsverfahrens zu Lasten des Angeschuldigten ist jedoch unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten fragwürdig. Ermittlungsbehörden, Gerichte und Verteidiger müssen daher stets kritisch hinterfragen, ob allgemeine Grundsätze und Erfahrungstatsachen zur Wahrnehmbarkeit leichter Fahrzeugkollisionen – wie sie sich im für den objektiven Tatbestand unerlässlichen Wissen der technischen Sachverständigen widerspiegeln – tatsächlich auf die konkrete Fallsituation übertragen werden können. Insbesondere sind individuelle Gegebenheiten zum Anlass zu nehmen, berechtigte Zweifel an gängigen Pauschalbeurteilungen zu artikulieren.

Die Unterscheidung zwischen dem objektiv-theoretischen „wahrnehmbar“ (bemerkt, erkennbar, ersichtlich, fühlbar, merklich, sichtbar, sichtlich, spürbar, zu sehen) und der tatsächlich-subjektiven „Wahrnehmung“ (Aufnahme, Beobachtung, aber auch [Sinnes]Eindruck, Empfindung, Erfassen) ist grundlegend für eine faire und saubere juristische Beurteilung des Fahrerflucht-Vorwurfs.

Das vorliegende Buch soll insbesondere Juristen und Sachverständigen einen Einstieg in die Problematik konkreter individueller Wahrnehmungshindernisse bieten, die – ungeachtet eventueller fahreignungsrechtlicher Konsequenzen – Verurteilungen nach § 142 StGB als nicht gerechtfertigt erscheinen lassen. Dabei geht es nicht darum, „Übeltätern“ einfache Ausreden zu verschaffen, denn das hieße die Urteilkraft psychologischer Sachverständiger zu unterschätzen, sondern darum, durch eine interdisziplinäre Untersuchung, an der technische, medizinische und/oder psychologische Sachverständige mitwirken, wirklich mehr Sachaufklärung und dadurch letztlich mehr Rechtssicherheit im Einzelfall zu erreichen.